

Senatsbeschlüsse

über die 113. Sitzung des Senats

am 15.08.2017, 11:15 Uhr

2803.) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Senats am 08.08.2017

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschrift über seine Sitzung am 8. August 2017.

2804.) "Schwarzfahren und Gewalt in ÖPNV"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 06)
(Vorlage 1468/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1468/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft zu mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- Nach der Überschrift und vor A. Problem werden die Worte „in der“ durch die Worte „für die“ ersetzt.
- Unter G. Beschlussvorschlag wird nach dem Wort „vom“ das Datum „01.08.2017“ ergänzt.

2805.) "Übergriffe gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr"
(Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - S 08)
(Vorlage 1469/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 28.07.2017)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 28.07.2017 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

2806.) "Einstieg in den öffentlichen Dienst für Geflüchtete?"
(Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - S 07)
(Vorlage 1470/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1470/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zu mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- In der Antwort auf Frage 2 werden im letzten Satz die Worte „intensiviert und“ ersatzlos gestrichen und das Wort „weiterführt“ durch das Wort „weitergeführt“ ersetzt.
- In der Antwort auf Frage 3 wird der erste Absatz wie folgt gefasst: „Im Fokus des Senats stehen bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen grundsätzlich zuerst der Zugang zu Qualifizierung bzw. zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Dies vorausgesetzt, gibt es im Bereich der Reinigung öffentlicher Dienstgebäude durchaus Beschäftigungsmöglichkeiten für geflüchtete, gering qualifizierte Menschen und damit Chancen für deren Einstieg in den öffentlichen Dienst.“
- In der Antwort auf Frage 3 werden der erste Satz des zweiten Absatzes ersatzlos gestrichen und im Anschluss die Worte „Darüber hinaus“ ersetzt durch das Wort „Allerdings“.

- 2807.) "Strafvollzug und vorzeitige Entlassung"
(Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT - L 15)
(Vorlage 1471/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Justiz und
Verfassung vom 03.08.2017 und 2. Neufassung der Vorlage des Senators für
Justiz und Verfassung vom 11.08.2017 und 3. Neufassung der Vorlage des
Senators für Justiz und Verfassung vom 14.08.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der 3. Neufassung der Vorlage des Senators
für Justiz und Verfassung vom 14. August 2017 einer mündlichen Antwort
auf die Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter, Jan Timke
(BIW) in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 2808.) "Essbare Stadt Bremen?"
(Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - S 03)
(Vorlage 1472/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1472/19 einer mündlichen
Antwort auf die Anfrage der Fraktion der B`90/Die Grünen in der Fragestunde
der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zu mit der Maßgabe
folgender Änderung:

In der Antwort auf Frage 2 wird im vorletzten Satz die Worte „zu beginnen“
durch das Wort „fortzusetzen“ ersetzt.

- 2809.) "Baumsicherungsmaßnahmen in der Stadtgemeinde Bremen"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - S 11)
(Vorlage 1473/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 22.08.2017 aus.

- 2810.) "Mehr Blockheizkraftwerke für Bremen und Bremerhaven"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 04)
(Vorlage 1474/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1474/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 2811.) "Wird Bremen von den Bundesmitteln für Radschnellwege profitieren?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 07)
(Vorlage 1475/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1475/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 2812.) "Können Bremen und Bremerhaven mobil gewinnen?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 08)
(Vorlage 1476/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1476/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Die Antwort auf Frage 2 wird am Ende wie folgt ergänzt: „Derzeit sind dem Senat keine Bewerbungen öffentlicher Einrichtungen oder privater Unternehmen bekannt. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr prüft, ob bis zur Frist am 15. Oktober 2017 eine eigene Bewerbung möglich ist.“

- 2813.) Entwurf einer Verordnung zur Neuregelung von Erschwerniszulagen sowie über die Gewährung und Rückzahlung eines Vorschusses bei Pflegezeit und Familienpflegezeit in der Freien Hansestadt Bremen
(Vorlage 1477/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1477/19 den Entwurf einer Verordnung zur Neuregelung von Erschwerniszulagen sowie über die Gewährung und Rückzahlung eines Vorschusses bei Pflegezeit und Familienpflegezeit in der Freien Hansestadt Bremen und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Entwurf
 - a) gemäß § 93 Bremisches Beamtengesetz den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften im Lande Bremen, gemäß § 39a Bremisches Richtergesetz den zuständigen Vereinigungen der Richterinnen und Richter im Lande Bremen sowie
 - b) gemäß Beschluss Nr. 3 zu TOP 3 der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den anderen norddeutschen Ländernzuzuleiten.
2. Der Senat beschließt, dass vorbehaltlich der abschließenden Senatsbefassung für den Bereich des Landes und der Stadtgemeinde Bremen Abschlagszahlungen und zwar rückwirkend zum 1. Juli 2017 auf der Basis des Entwurfs der Bremischen Erschwerniszulagenverordnung geleistet werden. Die Zahlungsempfängerinnen und Zahlungsempfänger sind in ihrer Bezügemitteilung auf den Vorbehalt der Abschlagszahlung hinzuweisen. Dem Magistrat der Stadt Bremerhaven wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ der letzte Satz ersatzlos gestrichen wird.

- 2814.) "Gewalt und Sexualdelikte gegen Kinder und Frauen"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1478/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Justiz und
Verfassung vom 08.08.2017 sowie der Anlagen)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des
Senators für Justiz und Verfassung vom 08.08.2017 die Antwort auf die
Große Anfrage der Fraktionen der CDU vom 14.06.2017 sowie die Mitteilung
des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft
(Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme mit der Maßgabe folgender
Änderungen:

- In der Antwort auf Frage 8 werden im fünften Satz das Wort „werden“
durch das Wort „müssen“ ersetzt und am Satzende das Wort „werden“
angefügt.
- In der Antwort auf Frage 8 werden im viertletzten Satz nach dem Wort
„liegen“ das Wort „aktuell“ eingefügt und nach dem Wort
„Kindertageseinrichtungen“ die Worte „und Sportvereinen“ ergänzt.
- In der Antwort auf Frage 9 wird im fünften Satz vor dem Wort „zeigt“ die
Worte „im privaten Umfeld“ ergänzt.

- 2815.) Wiederbestellung von Vorstandsmitgliedern der Kroning-Röcker-Stiftung
(Vorlage 1479/19)
-

Beschluss:

Der Senat bestellt entsprechend der Vorlage 1479/19 gem. § 4 Nr. 1 der
Satzung der Kroning-Röcker-Stiftung, auf Vorschlag der Senatorin für
Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Frau Sabine Nowack und
Frau Kirsten Husar bis zum Ende der Wahlzeit am 04.10.2022 in den
Vorstand der Kroning-Röcker-Stiftung.

- 2816.) "Kaiserschleuse in Bremerhaven – hausgemachtes Übel durch Kurzsichtigkeit?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 1480/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 15.08.2017)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 15.08.2017 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 2817.) "Gewerblicher Einsatz von Multikoptern im Land Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1481/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1481/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 16.06.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 2818.) Benennung von Herrn Staatsrat Jens Deutschendorf und Herrn Staatsrat Ronny Meyer als Vertreter des Senats in Bundesrats-Ausschüssen
(Vorlage 1482/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat benennt entsprechend der Vorlage 1482/19 Herrn Staatsrat Jens Deutschendorf anstelle von Frau Gabriele Friderich zum stellvertretenden Mitglied in die Deutsch-russische Freundschaftsgruppe im Bundesrat sowie in die folgenden Ausschüsse des Bundesrates:
 - Verkehrsausschuss

- Ausschuss für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung

2. Der Senat benennt Herrn Staatsrat Ronny Meyer anstelle von Frau Gabriele Friderich zum stellvertretenden Mitglied in die folgenden Ausschüsse des Bundesrates:

- Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

2819.) "Bremer Erklärung"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 19)
(Vorlage 1483/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1483/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Land) zu.

2820.) Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar – April 2017
(mit Jahresprognose 2017)
(Vorlage 1484/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1484/19 den beigefügten Controllingbericht zum Produktgruppenhaushalt Januar bis April 2017 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) weiterzuleiten.
2. Der Senat bittet, in den zukünftigen Controllingberichten (ab 08/2017) bei der Berechnung zur Einhaltung des Budgets und des zulässigen Finanzierungssaldos die Verrechnungen und Erstattungen einzubeziehen. Hierbei ist auf eine stringente Land-/Stadt Trennung zu achten.

3. Soweit sich im Controllingbericht Personalmehrausgaben in einzelnen Produktplänen abzeichnen, bittet der Senat die betroffenen Ressorts ressortinterne Personal- und Finanzierungskonzepte vorzulegen. Weiterhin bittet der Senat die betroffenen Ressorts um ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln.
4. Der Senat bittet die Verantwortlichen derjenigen Produktpläne, in denen sich Budget- und Liquiditätsrisiken abzeichnen, sämtliche ressortinternen Ausgleichsmöglichkeiten zu veranlassen und in den Controllingberichten 1-8/2017 darzustellen, wie das Budget und der Finanzierungssaldo eingehalten werden können.
5. Der Senat bittet die Ressorts, die bisherige Meldung zu den investiven Minderausgaben in Anlehnung an § 24 LHO ab dem Controllingbericht 08/2017 auf alle investiven Minderausgaben (und nicht nur Baumaßnahmen) ab einer Höhe von 1 Mio. € auszuweiten.
6. Der Senat bittet den Senator für Inneres für die prognostizierten Mindereinnahmen außerhalb des Rettungsdienstes und die erwarteten Mehrausgaben bei den Wahlen eine ressortinterne Lösung sicherzustellen. Der Senator für Inneres wird darüber hinaus gebeten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die das Risiko im Rettungsdienst reduzieren könnten.
7. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zeitnah die Aufteilung der Einnahmen aus dem EFRE Programm 2007-2013 auf die involvierten Produktpläne vorzunehmen und hierüber im Rahmen des Controllings zu berichten.
8. Der Senat bittet die Ressorts, die Daten zu den valutierenden Verpflichtungsermächtigungen regelmäßig im Rahmen des Controllings zu überprüfen und zu aktualisieren und hierüber zu berichten.

- 2821.) "Perspektiven für den Kohleausstieg im Land Bremen"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 14)
(Vorlage 1485/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1485/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 2822.) Herrichtung und Erschließung des Gewerbe- und Industriegebietes
Luneplate im süd- / westlichen Stadtgebiet von Bremerhaven
Hier: Beschluss über Planungsmittel und vorbereitende Arbeiten
(Vorlage 1486/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1486/19 der Beplanung der Bruttogewerbefläche Luneplate von 155 ha sowie der Umsetzung der beschriebenen vorbereitenden Maßnahmen zu mit der Maßgabe folgender Änderungen:
 - Unter „A. 1 Situation der Gewerbegebiete in Bremerhaven“
 - wird der viertletzte Satz ersatzlos gestrichen;
 - werden im vorletzten Satz die Worte „Realisierung des OTB und der damit“ ersatzlos gestrichen.
2. Der Senat stimmt der Bereitstellung der GRW-Infrastrukturmittel (90 %) in Höhe von insgesamt 10.171.000 € unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung über den kommunalen Anteil (10%) in Höhe von 1.130.000 € sowie die Mittel für die Kompensationsflächen in Höhe von 7.750.000 € durch den Magistrat Bremerhaven zur Abfinanzierung in den Jahren 2018-2020 zu.
3. Der Senat nimmt die Darstellung der bedarfsgerechten, stufenweisen Herrichtung der Erschließungsabschnitte 1 bis 4 zur Kenntnis.

4. Der Senat beabsichtigt die zu beschließenden Mittel in der nächsten Investitionsplanung vorzusehen.

2823.) "WLAN auch im Regio-S-Bahn-Netz?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 03)
(Vorlage 1487/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1487/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft zu.

2824.) "Tarifvertrag Altenpflege"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 21)
(Vorlage 1488/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1488/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

2825.) "Kostenlose Verhütungsmittel"
(Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - L 13)
(Vorlage 1489/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1489/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 2826.) "Zukunft der außer Betrieb genommenen Flüchtlingsunterkunft Berckstraße"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 04)
(Vorlage 1490/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 14.08.2017)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 14.08.2017 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- Die Antwort auf Frage 2 erhält folgende Fassung:
„Zwischen der freigewordenen Fläche und der vorhandenen Kita muss ein Überwegungsrecht für ein hinter dem Grundstück befindliches Umspannwerk gewährleistet werden. Wie diese Fläche durch die vorhandene Kita genutzt werden kann, oder ob eine eigenständige Kita auf der freigewordenen Fläche errichtet werden könnte, wäre erst nach Erstellung einer Machbarkeitsstudie verlässlich zu beantworten.“
- Die Antwort auf Frage 3 erhält folgende Fassung: „Die Benennung der genauen Anzahl der Gruppen ist erst nach einer Machbarkeitsstudie möglich.“

- 2827.) Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG I) im Land Bremen
(Vorlage 1491/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1491/19 den Umsetzungsbericht zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG I) im Land Bremen zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um Weiterleitung an den Haushalts- und Finanzausschuss.

- 2828.) "Sportlehrerinnen, Sportlehrer und Sportunterricht an Schulen im Land Bremen – Sachstand und Zukunft"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1492/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 11.08.2017)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 11.08.2017 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13.06.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 2829.) "Ausbau der Kinderbetreuungsplätze – Wie gestaltet sich die Entwicklung?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 1493/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 14.08.2017)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 14.08.2017 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 2830.) "Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern"
(Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1494/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 11.08.2017)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 22.08.2017 aus.

- 2831.) Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand
– 3. Zwischenbericht
(Vorlage 1495/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 10.08.2017 und 2. Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 14.08.2017)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der 2. Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 14.08.2017 den 3. Zwischenbericht zur Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, die Haushalts- und Finanzausschüsse der Bremischen Bürgerschaft zu unterrichten.

2. Der Senat bittet um die Vorlage des 4. Zwischenberichtes im Februar 2018.